

An die
Fraktionen des Rats der Stadt Dortmund

Beschlussvorschlag Sofortprogramm zur Klimapolitik in Dortmund

Seit der Club of Rome 1972 seinen weltweit beachteten Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ vorgelegt hat, wissen wir, dass die Ressourcen dieser Erde begrenzt sind. Dennoch hat sich der Ressourcen- und Energieverbrauch seitdem vervielfacht. Für 2021 wird in Deutschland der höchste Anstieg der Treibhausgas-Emissionen (THG) seit 1990 erwartet. Ändert sich daran nichts, ist das verfügbare THG-Budget zur Erreichung des im Pariser Klimaschutz-Abkommen von 2015 völkerrechtlich bindend vereinbarten Limits, die globale Erwärmung möglichst auf 1,5° C zu begrenzen, bereits vor 2030 verbraucht. Danach müssten die THG-Emissionen sofort und dauerhaft auf null reduziert werden.

Mehrere Jugendliche haben mit Unterstützung von Umweltverbänden gegen die Klimapolitik der Bundesregierung geklagt und in zentralen Teilen vom Bundesverfassungsgericht im April 2021 Recht bekommen. Mittlerweile haben Jugendliche auch Klimaklagen gegen neun Bundesländer erhoben, u. a. gegen NRW. Der Grund ist immer derselbe: unzureichende Klimaschutzmaßnahmen und Gesetze. Auch auf Kommunen können solche Klimaklagen zukommen. Ob der Beschluss des Rats, die THG-Emission gegenüber 1990 um 55 % bis 2030, um 70 % bis 2040 und um 100 % bis 2050 zu reduzieren, ausreichen wird, eine Klimaklage abzuwenden, ist zu bezweifeln. Denn diese Ziele liegen deutlich unterhalb der Minderungsziele, die im Klimaschutzgesetz der Bundesregierung festgelegt wurden, dessen überarbeitete Fassung am 31.08.2021 in Kraft getreten ist. Und auch diese neue Fassung reicht nach Einschätzung der Wissenschaft nicht aus, die Ziele des Pariser Klimaschutz-Abkommens zu erreichen. Deshalb folgende Fragen an die Stadtverwaltung:

- Was hat die Stadt Dortmund bereits getan und was sind die nächsten Schritte, um das von der Bundesregierung 2015 unterzeichnete Pariser Klimaschutz-Abkommen umzusetzen?
- Wieviel Treibhausgase konnten durch Ihre Maßnahmen seit 2015 eingespart werden?
- Auf welche Maßnahmen entfielen wieviel THG-Einsparungen?
- Wie geht es mit dem Klimaschutz in Dortmund weiter, welche konkreten Maßnahmen planen Sie für die nächsten 10 Jahre (bitte jeweils mit Jahreszahl angeben)?
- Welche THG-Einsparungen erwarten Sie ab wann von diesen Maßnahmen (bitte nach Maßnahmen getrennt angeben)?
- Dortmund ist größter kommunaler Eigentümer der Energieversorger RWE, STEAG und DSW21. Bis wann werden diese vollständig auf erneuerbare Energie umgestellt sein?
- Wann ist Dortmund THG-neutral?

Natürlich ist die Stadt Dortmund von den auf der Bundes- und Landesebene vereinbarten gesetzlichen Rahmenbedingungen abhängig. Vieles kann die Stadt Dortmund aber auch selbst beschließen, um das Ziel der THG-Neutralität möglichst schnell zu erreichen. Der Rat der Stadt Dortmund wird deshalb aufgefordert, folgendes Sofortprogramm zu beschließen (auf eine Begründung der einzelnen Punkte wird verzichtet, da zu allen Punkten unzählige allgemein zugängliche Publikationen vorliegen):

Beschlussvorschlag

1. Solarenergie

Errichtung von Photovoltaik-Anlagen (PV) auf allen im Eigentum der Stadt und ihrer Töchter befindlichen unverschatteten Gebäuden (Schulen, Kitas, Verwaltungsgebäude usw.) und versiegelten Freiflächen (z. B. Parkplätzen). Zugleich wird eine Solarpflicht für alle unverschatteten Neubauten und Dachsanierungen eingeführt. Betriebe werden angehalten, auf versiegelten unverschatteten Flächen, z. B. Dächern und Parkplätzen von Logistikern, PV-Anlagen zu installieren. Der gewonnene Strom wird zur Eigen- und Nahversorgung genutzt.

2. **Energieversorger**
Die Energieversorger RWE, STEAG und DSW21, an denen die Stadt Dortmund beteiligt ist, werden verpflichtet, zeitnah vollständig auf regenerative Energie umzusteigen.
3. **Energetische Gebäudesanierung**
Alle im Eigentum der Stadt und ihrer Töchter befindlichen Gebäude werden nach den Prinzipien des nachhaltigen Bauens zu klimaneutralen Nullenergie-Häusern energetisch saniert inkl. Frisch-/Abluftanlage mit Wärmerückgewinnung (=> Corona-Prävention!). Alle Gebäude beziehen ab sofort ausschließlich regenerativen Strom. Ein Abriss städtischer Gebäude wird wegen des hohen Energieaufwands für Abriss, Entsorgung und Wiederaufbau (graue Energie) ab sofort ausgeschlossen. Private und gewerbliche Neu- und Umbauten werden ausschließlich nach dem Nullenergie-Standard genehmigt.
4. **Rad-Verkehr**
Planung und Bau von Radwegen dauert viele Jahre, teilweise Jahrzehnte. Pop-up-Radwege hingegen sind sofort umsetzbar. Im ersten Schritt werden sie auf allen großen Zufahrtstraßen zur Innenstadt und an allen Gefahrenpunkten installiert. Ein Teil der Parkflächen in den innerstädtischen Parkhäusern wird ab sofort kostenfrei für Fahrräder vorgehalten.
5. **ÖPNV**
Der Umstieg auf den ÖPNV wird dadurch angereizt, dass die Tickets stark verbilligt werden (zunächst 365-Euro-Jahreskarte, später 0,00 Euro). Die Attraktivität wird durch Anpassung an die Bedürfnisse der Menschen und Modernisierung gesteigert.
6. **Individualverkehr**
Der Umstieg auf Elektro-Pkw/-Nutzfahrzeuge gelingt nur durch einen schnellen großflächigen Ausbau der Ladeinfrastruktur. Die Stadt sorgt für einen schnellen Ausbau der Ladepunkte insbesondere in Wohnvierteln, Parkhäusern und auf Park-and-Ride-Parkplätzen.
7. **Fahrzeugpark**
Der gesamte Fahrzeugpark der Stadt und ihrer Töchter wird auf regenerative Energie umgestellt und ausschließlich mit solcher betankt. Die Anschaffung von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren wird ab sofort eingestellt.
8. **Flächenentsiegelung**
Zur Reduzierung von Hitzestaus in der Stadt (Klimaresilienz) und Überschwemmungen infolge von Starkregen werden großflächig städtische Flächen entsiegelt und begrünt (Schwammstadt). Ab sofort werden keine neuen Flächen mehr versiegelt, sofern nicht gleich große Flächen entsiegelt werden. Die Kampstraße wird zu einem grünen Band umgestaltet. Alle im Eigentum der Stadt und ihrer Töchter befindlichen Gebäude werden an Fassaden und auf den Dächern begrünt.
9. **THG-Senken**
Erhalt und Ausbau aller THG-Senken, insbesondere im Stadtwald durch einen sofortigen Stopp des Holzeinschlags, Aufforstung zusätzlicher Flächen sowie Begrünung von entsiegelten Flächen und Gebäuden.
10. **Klimaplan**
Parallel zur Umsetzung der zuvor genannten 9 Punkte entwickelt die Stadt innerhalb von drei Monaten einen detaillierten Klimaplan zum Erreichen der Klimaneutralität in Dortmund. Darin werden alle erforderlichen Maßnahmen mit Kosten, Zeitplan und THG-Wirkung aufgeführt und dem Rat der Stadt Dortmund zur Abstimmung vorgelegt. Alle künftigen Vorhaben und Beschlüsse werden auf Klimaneutralität geprüft und bei Bedarf angepasst. Die Stadt verpflichtet sich, die Öffentlichkeit und den Rat der Stadt Dortmund halbjährig über den Fortschritt bei der Umsetzung des Klimaplans zu unterrichten.

Dieser Beschlussvorschlag wird unterstützt von Greenpeace Dortmund.